



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION
SCHLOSSPLATZ 1-3
65183 WIESBADEN
TELEFON 0611 350-692
TELEFAX 0611 350-1692
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

Pressemitteilung

25.04.2013

Steuerliche Vergünstigungen auch für Freiwillige Feuerwehren Sabine Bächle-Scholz: „Bürgerliches Engagement wird weiter gestärkt für ein noch besseres Miteinander der Menschen in unserem Land“

Wiesbaden. Die Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 47 (Groß-Gerau Nord) Sabine Bächle-Scholz (CDU) freut sich über die verbesserte Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren durch steuerliche Vergünstigungen. *„Das Ehrenamt ist es, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Die Schwarz-Gelbe hessische Landesregierung hat schon z.B. durch Einführung der Ehrenamtscard und den Sonderurlaub für Jugendleiter dieses bürgerliche Engagement gestärkt. Mit der jetzigen Ergänzung kommt ein wichtiger Baustein hinzu. Von diesem profitieren Menschen, die sich besonders stark engagieren, unter Einsatz von Leib und Leben. Sie verdienen unseren besonderen Dank und dies kommt mit der Änderung zum Ausdruck“.*

Auch die ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren sollen künftig von der verbesserten steuerlichen Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements profitieren. Das haben gestern die Finanzminister der von CDU und CSU regierten Länder (B-Länder) und die Finanzpolitiker von Union und FDP im Deutschen Bundestag vorgeschlagen. Der Koordinator der B-Länder, Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer, erklärte dazu: „Wir wollen den steuerfreien Betrag bei Aufwandsentschädigungen ebenfalls von 2.100 Euro auf 2.400 Euro jährlich anheben.“ Zum Jahresbeginn war bereits der Steuerfreibetrag für die sogenannte Übungsleiterpauschale auf diese Höhe angehoben worden.

Schäfer begründete den Schritt zur Anpassung auch für die Aufwandsentschädigungen mit der gebotenen Gleichbehandlung und der staatlichen Anerkennung „dieser für unsere Gesellschaft so wichtigen ehrenamtlichen Aufgabe“. Wer sich so außerordentlich für seine Mitmenschen einsetze, müsse auch die notwendige Anerkennung erfahren. „In dieser sich wandelnden Gesellschaft wird das bürgerschaftliche Engagement immer wichtiger. Wir als Union wollen dies zusammen mit der FDP auch würdigen.“

Die Finanzminister der B-Länder und die Finanzpolitiker der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP werden die Bundesregierung nun bitten, eine entsprechende Anpassung der Lohnsteuerrichtlinien kurzfristig vorzubereiten. Diese soll anschließend dem Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt werden. Neben ehrenamtlichen Feuerwehrleuten wird diese Regelung auch anderen Ehrenamtlichen, die Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen erhalten, zugutekommen.